

2024 Trump - Vize J. D. Vance: „Deutschland ist nicht mehr als ein Satellitenstaat der USA nach der Wahl lassen wir Deutschland fallen“!

Was bedeutet das für Deutschland und seine Bewohner?

Deutschlands Statusverlauf ab 1945

Ein Rückblick auf die Fakten ab 1945 verdeutlicht die Kriegslist des Militärregimes in der westlichen Besatzungszone Deutschlands.

1945 US-Directive 1067 der US-Corporation

..., sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Die Ausrottungspläne von Hooton- Kaufman- und Morgenthau- waren offenkundig zu krass. An ihre Stelle trat 1949 der veränderte NS-Status als Kriegs-List oder auch Todesplan in den Art. 116 des Militär-Grundgesetzes.

1946 Die Britische Militärverordnung Nr. 57 verbot am 1.12.1946 den deutschen Ländern bis heute, über ihre Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Die US-Militärregierung handelte entsprechend den Grundsätzen, die von der britischen Militärregierung ausdrücklich ausgesprochen worden sind. Die britische Militärregierung hatte durch die Verordnung Nr. 57 (ABl. MilReg. Nr. 15 S. 344) das Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht der Gesetzgebung der Länder ausdrücklich entzogen. Hierbei handelte es sich, wie die Praxis der US-Militärregierung erkennen läßt, um einen auch für die US-Zone gültigen Grundsatz der Besatzungspolitik.

Wichtig: Die Deutschen besaßen seit dem 1.1.1914 mit dem Verlinkungs-Status UR-D = UStA-D keine StAngehörigkeit, sondern nur eine Schutzangehörigkeit, da der Kolonie-Status in den deutschen Überseekolonien mit Art. 3 der Verfassung verlinkt war.

Getrennter Status UR-D oder UStA-D

|___|___|___| durch U und D zum Status UR-D = UStA-D
gleichgeschaltet.

Die natürliche Person Deutscher wurde 1914 mit der Eigenschaft als Deutscher zu einer juristischen Person (Sache / Gegenstand). Das Völkerrecht, der ICC Den Haag, der Nürnberger Kodex usw. sind für juristische Personen nicht zuständig.

1949 Der gültige NS-Status UDR = UDStA (1934 bis Ende 1999) wurde für den Art. 116 im Militär-GG für die US-BRD von der Militärregierung als Kriegslist verändert (bereinigt). Das M-GG für das Protektorat BRD wurde in Amerika ausgearbeitet.

Es gab von 1949 bis Ende 1999 die NS-Schutzangehörigkeit und die bereinigte Schutz-

angehörigkeit für die US-BRD. Grundgesetze sind zuständig für besetzte Gebiete, Protektorate, Kolonien.

1959 Bundesgesetzblatt Teil III (Militärische Besatzungsvorgaben) Einzig veröffentlichte Ausgabe. Militärisches Verfassungsrecht für das Grundgesetz. Gliederungsnr. 102 Staatsangehörigkeit (Schutzangehörigkeit). Seite 64 Fußnote § 1: Teilweise aufgeh. u. geändert (bereinigt), Deutscher ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (D = UDStA). Wichtig: Neunter Entwurf eines NS-Reichskolonialgesetzes v. 10.07.1940 § 3. Deutscher ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit (Schutzangehörigkeit) besitzt.

1975 Die Eigenschaft als Deutscher wird Status-Deutscher (BMVO Nr. 57).

1990 Der 2 + 4 Vertrag überlagert den Waffenstillstand II. WK und ist kein Friedensvertrag.

1992 Maastricht Vertrag: Die Mitgliedsländer der Europäischen Union erhalten zusätzlich die Unionsangehörigkeit (Nichtstaatsangehörigkeit oder auch Status-Attrappe).

1999 BGBl. 1 Nr. 38 Reformgesetz zur Beseitigung der NS-Schutzangehörigkeit und der veröffentlichten bereinigten Fassung.

2000 Außer Kraft traten der NS-Status von 1934 und die veröffentlichte bereinigte Fassung im Art. 116 des MGG (Basic law 2) für die US-BRD. Das US-Protektorat BRD befindet sich seit dem 1.1.2000 im Dexit und seine Bewohner besitzen eine Status-Attrappe. Es ist nach EU-Gesetzen verboten, die Unionsangehörigkeit (Status-Attrappe) direkt zu verleihen.

2004 Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit
19. Mai 2004, BGBl. II S. 580, in Kraft getreten am 1. Sept. 2005. Art. 1 Dieses Übereinkommen betrifft nur die Staatsangehörigkeit natürlicher Personen. Die Deutschen sind seit dem 1.1.1914 nur noch juristische Personen, siehe Kommentar zum StAng-G. von 1913 von Prof. Dr. jur. Ernst Isay 1929.

2005 Das Zuwanderungsgesetz der US-BRD verleiht die Status-Attrappe D = UDStA und die unmittelbare Unionsangehörigkeit als zusätzliche Status-Attrappe der EU. Die multinationalen Neuansiedler im US-Protektorat BRD erwerben die doppelte Staatlosigkeit. Das ist ein weiterer Fall für das Tribunal 2.0. Der Internationale Strafgerichtshof ist für Staatlose nicht zuständig.

2025 Richter benötigen für ihr Amt nach dem DRiG § 9 die Voraussetzung für die Berufung nach Art. 116 des M-GG. Beamte benötigen nach dem Beamtenstatusgesetz § 7 die Voraussetzung nach Art. 116 des Militär-Grundgesetzes. Wähler und Gewählte benötigen zur Bundestagswahl in der US-BRD nach dem BGBl. Teil III auch die deutsche Staatsangehörigkeit.

Seit dem 1.1.2000 sind Wahlen, Verträge, gerichtliche Entscheidungen usw. ohne Rechtskraft. Die Deutschen leben in einem rechtsfreien Gebiet und sind vogelfrei.

Folkswatch fordert die US-Regierung höflich auf, ab dem 21. Januar 2025 die Status-Attrappe der US-Corporation für die US-BRD zu beseitigen, damit Deutschland wieder souverän wird und den Friedensvertrag mit dem Präsidenten D. Trump unterzeichnen kann.